

## Beschluss

5/2010



Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend  
in Deutschland e.V.

121. Mitgliederversammlung  
18. bis 21. November 2010

### **Jugendverbände am Nationalen Aktionsplan (NAP) Integration beteiligen!**

Im November 2010 fand ein weiterer Integrationsgipfel der Bundesregierung statt. Hier wurde der Nationale Aktionsplan Integration (NAP) angekündigt. Dieser soll durch konkrete und messbare Ziele zu Schwerpunktthemen den Nationalen Integrationsplan konkretisieren. Damit werden die Anstrengungen in der Integrationspolitik noch einmal intensiviert.

Aktuell werden Stimmen laut, die Lockerungen im Ausländerrecht (Zuwanderungs- und Aufenthaltsbestimmungen) von der potenziellen gesellschaftlichen Leistungsfähigkeit abhängig machen wollen. Gesunde geduldete Menschen mit einem Arbeitsplatz dürfen bleiben, Bezieher(inn)en von Sozialleistungen jedoch nicht, geduldete Jugendliche mit Schulabschluss dürfen bleiben, andere werden abgeschoben. Diesen Tendenzen widerspricht die Evangelische Jugend entschieden: Der Anspruch eines Menschen auf Zugehörigkeit zu einer Gesellschaft bestimmt sich nicht nach seiner aktuellen gesellschaftlichen Leistungsfähigkeit. Wer Menschen mit einer anderen Staatsangehörigkeit auf ihre potenzielle Facharbeitskraft reduziert, wird nicht zu funktionierenden Integrationskonzepten finden.

Die Integrationsdebatte ist geprägt von massiven Vorbehalten gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund, ihre Bereitschaft und Fähigkeit zur Integration wird vielfach bezweifelt. Damit werden die vielfältigen Leistungen und Beiträge dieser Menschen abgewertet. Der Gesellschaft wird der falsche Eindruck vermittelt, es gäbe eine Alternative zu einer offensiven Migrations- und Integrationspolitik. Rassismus und Diskriminierungen werden so geschürt, dass diese positiven Integrationsprozessen abträglich ist. Damit wird auch die Verantwortung von Politik und Gesellschaft verwischt, wenn es darum geht, Integrationshemmnisse abzubauen, Hürden zu senken und Hilfe zu geben.

Für die Evangelische Jugend sind die Themen Integration und Migration seit mehreren Jahren wichtige Herausforderungen und Schwerpunkte ihres Handelns. Es handelt sich um Zukunftsfragen der Gesellschaft, daher sind junge Menschen besonders von ihnen betroffen. Nur eine gelingende Integrations- und Migrationspolitik sichert eine zukunftsfähige Gesellschaft in Deutschland. Evangelische Jugend treibt daher die interkulturelle Öffnung ihrer Angebote und Strukturen voran. Sie tritt Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit entgegen. Sie sucht die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Selbstorganisationen Jugendlicher mit Migrationshintergrund. Sie macht sich stark für die Interessen und die Rechte aller Kinder und Jugendlichen in Deutschland, ob mit oder ohne Zuwanderungsgeschichte.

### **Integrationspolitik ist Jugendpolitik**

Die aej begrüßt die Weiterentwicklung des Nationalen Integrationsplans (NIP) zum NAP Integration. Der Aktionsplan markiert einen deutlichen politischen Gestaltungswillen, der seit Jahren

deutlicher wird und Versäumnisse der Vergangenheit stückweise aufarbeitet. Mit den Schwerpunkten Sprache, Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt wird der Nationale Aktionsplan wichtige Themen bearbeiten, die junge Menschen betreffen. Integration ist aber mehr als Deutschkenntnisse, ein Schulabschluss oder ein Arbeitsplatz. Integration setzt soziale Einbindung, Beheimatung und demokratische Partizipation voraus. Daher müssen auch die nonformalen Lernorte von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund und die Entwicklung einer interkulturell geöffneten Zivilgesellschaft in den Blick genommen werden. Eine Konkretisierung der Ziele des NIP entspricht daher den Forderungen der Evangelischen Jugend und anderer Jugendverbände. Bei der Erstellung des NAP Integration muss Folgendes beachtet werden:

Mehr als ein Drittel der jungen Menschen unter 25 Jahren in Deutschland hat einen Migrationshintergrund. Damit ist klar, dass Integrationspolitik jugendpolitische Konzepte und Zuständigkeiten berücksichtigen muss. Im NAP muss sich dies in ressort- und ebenenübergreifenden Abstimmungen und Projekten niederschlagen, insbesondere in den Bereichen Jugend-, Bildungs- und Schulpolitik.

Wir fordern dazu:

- die offensive Einbeziehung der Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe
- die Förderung der Kinder- und Jugendarbeit als gleichberechtigten non-formalen Lernort neben Sprachkursen und vergleichbaren Programmen
- die prioritäre Berücksichtigung der Jugendverbände als Interessenvertretung der jungen Generation
- die Unterstützung der Selbstorganisationen junger Migrant(inn)en und die Förderung der Kooperationen dieser Organisationen mit „etablierten“ Jugendverbänden
- gezielte Investitionen in die Jugendförderung des Bundes (KJP) und der Länder
- den Haushalt des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) entsprechend auszustatten und die aktuelle Verengung der inhaltlichen Schwerpunkte zurückzunehmen.

Der Nationale Aktionsplan Integration muss auf eine defizitorientierte Sichtweise von Menschen mit Migrationshintergrund verzichten und soll auf die Chancen und Ressourcen einer gelingenden Migrationspolitik hinweisen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig, 2 Enthaltungen**